

Claus Montag

## Die USA und die internationale Abwicklung der DDR im Vereinigungsprozeß

Der deutsche Vereinigungsprozeß beendete den Kalten Krieg und die europäische Teilung. Für die USA war er die letzte große machtpolitische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion.

Nach dem schrittweisen inneren Zusammenbruch der DDR vollzog sich die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu Bedingungen, die den strategischen Interessen der USA als westlicher Führungsmacht entsprachen und zugleich ihr Gewicht in den atlantischen Bündnisbeziehungen und in gesamteuropäischen Angelegenheiten erheblich stärkten. Christian Hacke vermerkte hierzu: „Während sich die bi- und multilateralen Beziehungen der Sowjetunion zu den Staaten in Mittel- und Osteuropa völlig veränderten, weil die Sowjetunion an Macht, Einfluß und Ansehen verloren hatte, gewannen die USA an Einfluß, weil das ‚Kronjuwel‘ DDR aus dem Sowjetimperium herausgebrochen und im Zuge der Wiedervereinigung zum Teil der *Pax Americana* wurde.“<sup>1</sup> Im Rückblick auf die turbulenten Ereignisse der Jahre 1989 und 1990 könnte man aus solcher Wertung eine Art „Siegermentalität“ herauslesen. Doch Tatsache ist, daß Wertungen sich nur an realen Ergebnissen machtpolitischer Auseinandersetzungen orientieren können. Sie waren unübersehbar. Eine Rückschau auf die Politik in diesen Jahren sollte zugleich nicht den Umstand ausblenden, daß auch die US-Administration, die im Gegensatz zu den anderen westlichen Mächten sehr frühzeitig eine deutsche Einheit in ihr politisches Kalkül einschloß, mehrfach vor unkalkulierbaren Situationen stand. Nicht jede Wendung in dieser komplizierten Ost-West Auseinandersetzung war für Washington voraussehbar. So war es zum Beispiel für große Teile der politischen Klasse der USA bis zum Anfang des Jahres 1990 noch schwer vorstellbar, ob und wie die Führung der UdSSR dazu gebracht werden kann, die DDR als wichtigsten strategischen Partner an der Westseite ihres europäischen Hegemoniebereichs preiszugeben. Der USA-Botschafter in Deutschland, John C. Kornblum, verwies auf die damaligen Unwägbarkeiten für die Politik der Administration: „Im Jahre 1989 war es bei weitem nicht klar, was infolge der Selbstbefreiung Ostdeutschlands geschehen würde. Viele in Europa waren

---

<sup>1</sup> Hacke, Christian: Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von Kennedy bis Clinton. München 1997, S. 454.

der Idee eines vereinigten Deutschlands gegenüber negativ eingestellt. Selbst unter den Deutschen wurden Zweifel laut.“<sup>2</sup>

Während die zwischen Washington und Bonn sehr perfekt betriebene „Tandem-Politik“ im deutschen Vereinigungsprozeß eine besondere Berücksichtigung in zeit-historischen Analysen und Biographien findet, sollen in den nachfolgenden Betrachtungen einige Aspekte des Vorgehens der US-Administration gegenüber der DDR in der Phase ihrer Krise und Auflösung genauer erörtert werden.

## **Interessenlagen der USA zu Beginn des Jahres 1989**

Das Jahr der großen politischen Wandlungen begann in Washington mit Sondierungen über den künftigen außenpolitischen Kurs. Nach den Präsidentschaftswahlen war die Administration Bush gerade ins Amt getreten und suchte die möglichen Koordinaten ihres weiteren Vorgehens gegenüber der Sowjetunion und deren Bündnispartnern im Warschauer Pakt abzustecken. Hier war das Weiße Haus mit einer völlig veränderten Lage konfrontiert, für die neue außenpolitische Handlungsmuster entworfen werden mußten. Nachdem die reformorientierten Kräfte um Gorbatschow signalisierten, daß sie gegenüber den osteuropäischen Bündnispartnern das Prinzip der „freien Wahl des inneren Entwicklungsweges“ anzuerkennen bereit waren, was letztlich vorbehaltlose Unabhängigkeit, volle Gleichheit und strikte Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten bedeutete, begannen zugleich langjährige Status-quo-Praktiken in den Ost-West-Beziehungen zu erodieren. Während die sowjetische Führung den Versuch unternahm, den tragischen Ballast ihrer bisherigen Hegemoniepolitik gegenüber den anderen sozialistischen Ländern abzuwerfen, hoffte sie zugleich, daß effektive Wege für „Systemkorrekturen“ die innere Lage in diesem Raum stabilisieren könnten. Doch die Entwicklungen in Polen und Ungarn verdeutlichten, daß sich die politischen Reformen in Richtung Systemveränderung bewegten und diese Länder schnelle Öffnungen nach Westen suchten. Da die US-Administration nicht sicher war, wie die sowjetische Führung auf die von ihr nicht erwartete Tendenz der schrittweisen Auflösung des Staatssozialismus reagieren würde, verfolgte sie zunächst zwei miteinander verbundene Ziele: Sie zeigte Sympathie und Unterstützung für demokratische Veränderungen und Selbstbestimmung und erklärte zugleich, daß sie Osteuropa als Teil eines ungeteilten und freien Europa betrachte.<sup>3</sup> Gegenüber Moskau signalisierte sie das grundsätzliche Interesse der USA an Stabilität in dieser Region, was praktisch bedeutete, friedliche Formen der inneren Veränderungen zu stützen, die für die sowjetische Führung keine sicherheitspolitischen Risiken oder Herausforderungen darstellen. Darüber hinaus hatte die US-

<sup>2</sup> Kornblum, John C.: Die Vereinigten Staaten und die Vollendung Europas. In: Amerikadienst, Bonn, 17. Juni 1998, S. 2.

<sup>3</sup> Vgl. Zelikow, Philip/Rice, Condoleezza: Sternstunde der Diplomatie. Deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas. Berlin 1997, S. 117.

Administration die Tatsache in Rechnung zu stellen, daß in den europäischen Abrüstungsverhandlungen durch sowjetische Konzessionsbereitschaft besonders auf dem Gebiet der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen neue Weichenstellungen vorgenommen worden waren. Die USA waren angesichts der veränderten Lage in Osteuropa interessiert, diese zu nutzen.

Welchen Stellenwert nahm in dieser sich verändernden Gesamtsituation im Osten die DDR in der Politik der USA ein? Während die Abstimmung mit Bonn in wesentlichen Fragen der deutsch-deutschen Entwicklungen auch Anfang 1989 eine Schlüsselfrage für die US-Administration war, mußte entschieden werden, wie angesichts der Reformprozesse in der Sowjetunion und in Osteuropa die USA ihr weiteres Verhältnis zur DDR gestalten. Der Meinungsbildungsprozeß im Nationalen Sicherheitsrat und im *State Department* stellte unverkennbar widersprüchliche Faktoren in Rechnung.<sup>4</sup> Einerseits betrieb die DDR-Führung durch Reiseerleichterungen in die Bundesrepublik eine gewisse individuelle Öffnungspolitik nach Westen. Das Gewicht der wirtschaftlich-finanziellen Kooperation zwischen beiden deutschen Staaten nahm ebenfalls tendenziell zu. Auch vermehrten sich die Gesprächskanäle zwischen der DDR-Führung und der Bundesrepublik zu Fragen der Reduzierung konventioneller Rüstungen und taktischer Nuklearwaffen, wodurch sich im Rahmen systemüberschreitender Kooperation die Handlungsspielräume der DDR erweiterten. Entscheidend für Washington war jedoch, daß sich die Führung der SED immer ablehnender gegenüber dem inneren Reformkurs Gorbatschows und den politischen Veränderungen in Polen und Ungarn verhielt und damit zu dem „Reformbremser“ im Osten überhaupt wurde. Angesichts dieser Tendenzen entschied das *State Department*, der DDR in bilateralen Fragen, so etwa bei der Gewährung von Handelserleichterungen, nicht entgegenzukommen und eine Ausdehnung der bilateralen Zusammenarbeit weitgehend von der Bereitschaft der DDR zu inneren Reformen abhängig zu machen. Das bedeutete vor allem Öffnung für ökonomische Reformen mit marktwirtschaftlichen Elementen und für mehr politischen Pluralismus und freie Meinungsäußerung. Obwohl die Erwartungen in Washington hinsichtlich solcher Entwicklungen nicht sehr hoch angesetzt waren und das allgemeine Ansehen der DDR-Führung in den außenpolitischen Expertenkreisen bis hinein in die Beraterstäbe des Weißen Hauses stark rückläufig war, sollte für Sondierungen der Lage in der DDR der politische Dialog aufrechterhalten werden.

Unterschiedliche Bewertungen gab es zu diesem Zeitpunkt in den USA hinsichtlich der realen inneren und vor allem wirtschaftlichen Stabilität der DDR. In Wissenschaftskreisen wurden manche Illusionen über das ökonomische Gewicht der DDR im RGW gepflegt. Noch im März 1989 forderte die US-Zeitschrift *Business Week* amerikanische Firmen auf, trotz der Reformunwilligkeit der DDR-Spitzenorgane

---

<sup>4</sup> Der Autor bezieht sich hier auf persönliche Gespräche mit leitenden Mitarbeitern der USA-Botschaft in Ostberlin und Beamten des *State Department*, die wissenschaftliche Institutionen der DDR besuchten.

die Möglichkeiten für Wirtschaftskooperationen stärker auszuloten.<sup>5</sup> Im gleichen Monat führte eine Delegation des US-Repräsentantenhauses unter Leitung des Vorsitzenden des Finanzausschusses, Dan Rostenkowski, Gespräche im Staatsrat der DDR, die unverkennbar darauf ausgerichtet waren, die Spielräume für Veränderungen in der DDR zu testen.

Eine Bewertung der Interessenlagen der USA im Frühjahr 1989 sollte auch nicht übersehen, daß in strategischen und außenpolitischen Forschungszentren, die der US-Administration nahestanden, eine sehr intensive Debatte über die Rückkehr der „deutschen Frage“ in die Ost-West-Politik eingesetzt hatte. Die wohl dominierende Auffassung in diesen Strategiediskussionen war, daß mit der Neugestaltung der Ost-West-Beziehungen die „deutsche Frage“ wieder ein stärkeres Gewicht erhalte. Dabei wurde prognostiziert, daß die neue deutsche Problematik nicht mehr das alte Thema Wiedervereinigung sei, sondern mehr und mehr die Reaktion von BRD und DDR auf die Entwicklungen in ihren eigenen Bündnissen und auf die sich verändernden gesamteuropäischen Strukturen.<sup>6</sup> Für Strategieplaner in Washington erzeugte diese „neue deutsche Frage“ zunächst mehr Fragen als Klarheiten über ihre Lösungsmöglichkeiten: Was werden die beiden deutschen Staaten bei engerer systemüberschreitender Kooperation aus ihren Beziehungen politisch machen wollen? Was könnte passieren, wenn im Ergebnis tiefgreifender politischer Reformen in der DDR eine Art „sozialistische Selbstbestimmung“ eintritt, die die deutsche Zweistaatlichkeit noch stärker zur Voraussetzung neuer gesamteuropäischer Strukturen macht? Wie würde sich eine vertiefte westdeutsch-sowjetische Interessenkoalition auf die weitere Entwicklung der deutschen Frage auswirken, insbesondere dann, wenn die DDR durch ausbleibende Reformen in die internationale Isolierung gerät?<sup>7</sup> Noch machte sich aber die neue Administration in Washington mehr Sorgen darüber, welche Rückwirkungen sicherheitspolitische Debatten in der Bundesrepublik - so auch die Abrüstungs Sondierungen zwischen SPD und SED - auf die militärstrategischen Interessen der USA haben könnten. Reizthemen wie „Neutralismus“, „ostpolitische Sonderwege der Deutschen“ oder antiamerikanische „Europäisierung“ paßten nicht in die Ost-West-Vorstellungen der USA. Ihr Kerninteresse bestand darin, daß deutsch-deutsche Sicherheitsdialoge nicht die europäischen Machtpositionen der USA gegenüber der Sowjetunion in der Phase des Umbruchs schwächen.

---

<sup>5</sup> Vgl. Nationalzeitung, Berlin, 16. März 1989, S. 4.

<sup>6</sup> Vgl. Larrabee, F. Stephen: From Reunification to Reassociation. New Dimensions of the German Question. In: F. Stephen Larrabee (Hrsg.): The Two German States and European Security. New York 1989, S. 3. Siehe auch McAdams, A. James: The Origins for a new Inter-German Relationship. In: Ebenda, S. 53ff.

<sup>7</sup> Der Autor bezieht sich hier auf persönliche Gespräche mit Strategieexperten und Kongreßabgeordneten aus den USA während einer Tagung des Aspen-Instituts in Westberlin zum Thema „Ost-West-Beziehungen in den 90er Jahren“, Ende Mai 1989.

## Washingtons Reaktionen auf die Krisenprozesse in der DDR

Während innerhalb der Bush-Administration im Sommer 1989 noch intensive Auseinandersetzungen geführt wurden, ob die sowjetische Perestroika-Linie von den USA unterstützt werden sollte und welche praktischen Konsequenzen die politischen Veränderungen in Polen und Ungarn für die Neudefinition der Osteuropapolitik der USA erforderlich machen, reagierte das offizielle Washington auf den anwachsenden Flüchtlingsstrom aus der DDR zunächst äußerst gelassen. Auch nach der Öffnung der Grenzen Ungarns zu Österreich sah die US-Administration keine Veranlassung zu einer spezifischen Krisenplanung in der deutschen Frage.<sup>8</sup> Spätestens im September 1989 ergaben amerikanisch-sowjetische Spitzengespräche, daß die Toleranzschwelle der sowjetischen Regierung hinsichtlich der Flüchtlingswelle aus der DDR erkennbar hoch lag. Moskau signalisierte, daß die ungarischen Grenzscheidungen sowjetische Interessen nicht direkt berühren würden, obwohl auf propagandistischer Ebene offene Warnungen an die Adresse der Bonner Regierung nicht zu überhören waren. Der Flüchtlingsstrom reflektierte nunmehr deutlicher als je zuvor eine wachsende Unzufriedenheit insbesondere jüngerer Bevölkerungsgruppen mit den Gesellschaftsverhältnissen in der DDR. Er wurde von der US-Botschaft in Ost-Berlin als eine „stille Krise“ bewertet, die jedoch keine größeren internationalen Konflikte auslösen würde.<sup>9</sup> Insgesamt ließen sich die außenpolitischen Entscheidungsgremien in Washington von der Annahme leiten, daß diese Entwicklungen in der DDR zunächst eine vertiefte Krise der SED-Führung widerspiegeln. Eine Abwanderung von ein bis zwei Prozent der Arbeitskräfte aus der DDR würde, so schätzte die US-Botschaft in Ost-Berlin ein, nicht zu einem Systemzusammenbruch führen, jedoch möglicherweise die Zwänge für die SED verstärken, überfällige personelle Veränderungen in der Führungsspitze anzustreben und Weichen für eine Reformpolitik zu stellen.<sup>10</sup> Im *State Department* sah man zwar keine Notwendigkeit für eine neue Politik, doch sollten die Konsultationen mit Bonn über die Lage in der DDR intensiviert werden, ohne damit Spekulationen über eine Wiedervereinigung auszulösen.

Auch unter den Deutschland- und Sowjetunionexperten in den strategischen Forschungszentren der USA wurde die Situation in der DDR intensiv erörtert. Manche Einschätzungen gingen hier wesentlich weiter als die offiziellen Erklärungen von Beamten im *State Department*: Die Lage in der DDR - bis hin zu den oberen Etagen des Partei- und Regierungsapparates - wurde als instabil bewertet, da die Führung zunehmend außerstande war, politische Prozesse zu steuern. Prognostiziert wurde, daß sich, wenn nicht rechtzeitig Reformen nach sowjetischem Beispiel im

<sup>8</sup> Vgl. Bortfeldt, Heinrich: Washington-Bonn-Berlin. Die USA und die deutsche Einheit. Bonn 1993, S. 47.

<sup>9</sup> Vgl. Zelikow/Rice, a.a.O., S. 105.

<sup>10</sup> Ebenda.

„sozialistischen Rahmen“ eingeleitet werden, die Destabilisierungstendenzen in der DDR ausweiten. Die erkennbare Auflösung sozialistischer Gesellschaftsstrukturen in Polen und Ungarn würde dann die DDR nicht mehr unberührt lassen und die Frage der Existenzberechtigung des zweiten deutschen Staates auf die Tagesordnung bringen. Auch wurde von Experten der Gedanke in die Diskussion gebracht, unter diesen Bedingungen eine Art „deutsch-deutsche Wirtschaftskonföderation“ zu bilden, die die Zweistaatlichkeit erhalten, jedoch angesichts der ökonomischen Krisenprozesse den Interessenlagen sowohl der DDR als auch der Sowjetunion entgegenkommen würde.<sup>11</sup>

In diesem Zusammenhang sollte nicht unerwähnt bleiben, daß Präsident Bush, der vorsichtig die sowjetischen Reaktionen auf die politischen Veränderungen in Ost- und Mitteleuropa testete, bereits im September 1989 mit Überlegungen bezüglich einer möglichen deutschen Vereinigung in die Öffentlichkeit trat. Zur gleichen Zeit äußerte der US-Botschafter in Bonn, Vernon Walters, die Auffassung, daß eine deutsche Vereinigung bald bevorstehe. Diese Äußerung war nach amerikanischen Quellen offensichtlich nicht mit Außenminister Baker und seinem Stab abgestimmt worden.<sup>12</sup>

Warum erfolgten diese frühen, zum Teil unkoordinierten Vorstöße in der US-Administration? Ursache hierfür waren verschiedene Faktoren. Präsident Bush und die Beraterstäbe im Nationalen Sicherheitsrat konnten nicht mehr die Tatsache übersehen, daß im Verlauf der Flüchtlingskrise die Regierung Kohl schrittweise begann, bisher anerkannte Prinzipien der Ostpolitik über Bord zu werfen und ziemlich unverhohlen das Thema der deutschen Einheit neu zu beleben. Sichtbar wurde dies auf dem Bremer CDU-Parteitag im August 1989. Hinzu kam, daß sich die CDU eines Sieges bei den nächsten Bundestagswahlen nicht mehr sicher sein konnte und die Führungsposition von Kanzler Kohl heftig umstritten war. Unter diesen veränderten Bedingungen suchte man in Washington der neuen Debatte über die nationale Einheit Rückendeckung zu geben, um damit zugleich einem Anwachsen nationalistisch-rechtskonservativer, neutralistischer und antiamerikanischer Tendenzen in der Bundesrepublik vorzubeugen. Bush vertraute Kohl hinsichtlich der Wahrung amerikanischer Interessen mehr als einer möglichen SPD-Regierung. Auch wurde das Thema der deutschen Einheit für die Entscheidungsträger in Washington zunehmend zu einer Möglichkeit, den politisch-psychologischen Wirkungen internationaler Gorbatschow-Initiativen mit eigenen Visionen und Forderungen entgegenzutreten. Hier war ein Feld, um der auf strategischen Rückzugsgefechten befindlichen Supermacht Sowjetunion die Initiative weiter zu entreißen. Deutlich waren in diesem Zusammenhang die Worte von US-Staatssekretär Eagleburger gegenüber Kanzleramtsminister Rudolf Seiters: „Obwohl es für die USA wenig Sinn hat, viele Worte über

<sup>11</sup> Der Autor bezieht sich hier auf Gespräche mit dem Deutschlandexperten Ronald Asmus am 5. September 1989 in der RAND Corporation, Santa Monica.

<sup>12</sup> Vgl. Zelikow/Rice, a.a.O., S. 530.

das Thema Wiedervereinigung zu verlieren, sollten Sie in bezug auf die USA-Politik eines wissen: Wenn Präsident Bush sagt, daß er die Wiedervereinigung befürwortet, dann meint er es auch. Die private Position der USA zur Wiedervereinigung ist dieselbe wie unsere öffentliche - wir sind dafür.“<sup>13</sup>

Trotzdem war nicht zu übersehen, daß die US-Administration die Option „deutsche Vereinigung“ mit Vorsicht in ihrer Politik nutzte. Das zeigte sich besonders in der Phase von Oktober bis Anfang November 1989, als die Protestbewegungen in der DDR immer mehr erstarkten, Honecker gestürzt wurde, die Oppositionskräfte offen zu agieren begannen und die neue SED-Führung unter Egon Krenz den Versuch unternahm, mit Reformversprechen die Massenforderungen nach Demokratisierung unter Kontrolle zu bringen. In den Reaktionen Washingtons auf die schnell eskalierenden Umbruchprozesse in der DDR zeigte sich, daß jetzt immer stärker die Frage in den Mittelpunkt rückte, ob die USA mit einem militärischen Eingreifen der sowjetischen Führung oder mit einer Form von offener Gewaltanwendung durch Sicherheitskräfte der DDR konfrontiert sein könnten. Diese Gefahr war besonders groß vor der Leipziger Montagsdemonstration am 9. Oktober 1989. Unsicherheit bestand in der US-Administration, welche politische Konsequenz in dieser Situation die Position Gorbatschows haben würde, daß über die innenpolitische Entwicklung der DDR nicht in Moskau, sondern in Berlin zu entscheiden sei und die sowjetische Führung eine Politik der Nichteinmischung verfolge. Bald wurde erkennbar, daß Moskau tatsächlich strikt an dieser Linie festhielt und ein militärisches Eingreifen durch Entscheidungen auf höchster Ebene ausschloß<sup>14</sup> - natürlich immer noch in der illusionären Annahme, eine neue DDR-Führung würde in der Lage sein, Reformen à la Perestroika in Gang zu setzen. Für die außenpolitischen Entscheidungsgremien der USA wurde es immer dringender, ihre Haltung gegenüber den schnellen Wandlungen in der DDR zu überprüfen. „Für Washington kam es zunächst vor allem darauf an, in der DDR eine solche Stabilität gewahrt zu wissen, die es erlaubte, den Reformprozeß weiterzuführen, ohne daß er ins Chaos abzugleiten drohte.“<sup>15</sup>

Was die Zielrichtung möglicher Reformen betraf, so kann von der Annahme ausgegangen werden, daß das Interesse der USA-Politik nicht auf eine Stabilisierung der überlebten und undemokratischen Herrschaftsstrukturen der DDR gerichtet war, sondern auf die Durchsetzung von politischen Freiheitsrechten, die letztlich durch Selbstbestimmung eine Systemveränderung ermöglichen konnten. Daß die neue SED-Führung unter Krenz zu letzterem Bereitschaft zeigen würde, wurde in Washington weitgehend ausgeschlossen. So gab es auch von seiten der USA keine erkennbare Unterstützung für den „Übergangskandidaten“.

---

<sup>13</sup> Ebenda, S. 126.

<sup>14</sup> Vgl. Falin, Valentin: Konflikte im Kreml. Zur Vorgeschichte der deutschen Einheit und Auflösung der Sowjetunion. München 1999, S. 157f.

<sup>15</sup> Bortfeldt, a.a.O., S. 56.

Dagegen gewann für die USA die Abstimmung mit der Bundesregierung hinsichtlich der inneren Lage in der DDR immer größeres Gewicht. Man ging davon aus, daß Bonn über die größten politischen und wirtschaftlichen Einflußmöglichkeiten verfügt, um ein politisches Chaos in der DDR zu verhindern und Reformen zu maximaler Wirkung zu verhelfen. Während zu diesem Zeitpunkt der Gedanke einer deutschen Vereinigung noch keine Massenunterstützung in der Bevölkerung der DDR, auch nicht unter den neu formierten Oppositionskräften, hatte, schloß die US-Administration weiterhin die Möglichkeit der Vereinigung nicht aus. Um europäische Ängste nicht aufkommen zu lassen, vermied Washington sogar zeitweilig in offiziellen Erklärungen das Wort „Vereinigung“ und sprach von *reconciliation* (Ausöhnung). Die USA wollten sich, besonders angesichts der nicht kalkulierbaren Haltung der Sowjetunion, Optionen in der deutschen Frage offenhalten, ohne diese Problematik forcieren zu müssen.

Als SED-Generalsekretär Krenz die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Hilfe der BRD für die DDR zu sondieren begann, um den Lebensstandard in der DDR zu sichern und die Bevölkerung zu „beruhigen“, knüpfte Kanzler Kohl jegliche Wirtschaftshilfe an politische Bedingungen: Selbstbestimmung durch freie Wahlen, Aufgabe des Machtmonopols der SED und Zulassung unabhängiger Parteien. Diese Bedingungen sollten letztlich in Richtung Auflösung des bestehenden Systems der DDR wirken, denn allein das Selbstbestimmungsrecht würde das Thema Vereinigung in den Bereich des Möglichen und Machbaren rücken. Kohl war sich in seinem Vorgehen der Rückendeckung durch Bush und Baker gewiß und leitete eine Politik neuer „Dimensionen“ ein. Auch die Entscheidungsträger im Weißen Haus waren sich bewußt, welche Weichenstellungen durch Bonn vorgenommen worden waren. „Damit hatte Kohl die DDR unter maximalen Druck gesetzt und zugleich klargestellt, daß Bonn - nicht Ostberlin und nicht Moskau - darüber befinden würde, wann die politischen Reformen in der DDR weit genug gediehen waren, um das Land in den Genuß der Großzügigkeit der Bundesrepublik gelangen zu lassen. Man konnte kaum falsch liegen, wenn man voraussagte, daß die geschwächte ostdeutsche Führung dem Druck nicht standhalten und den demokratischen Kräften den Weg frei machen würde. Wenn das nicht Adenauers Politik des ‚Wandels durch Stärke‘ war, dann kam sie dieser zumindest sehr nahe.“<sup>16</sup>

## **Die politischen Reaktionen der USA nach dem Mauerfall**

Von der Öffnung der Mauer am 9. November 1989 wurde die US-Administration ebenso überrascht wie die politischen Führungen in Moskau, Bonn und in anderen westeuropäischen Hauptstädten. Die Folgen dieses Ereignisses für die deutsche und gesamteuropäische Situation konnten in diesem Augenblick nirgends klar definiert werden. Auch in Washington war man sich über die außenpolitischen Konsequen-

<sup>16</sup> Zelikow/Rice, a.a.O., S. 145.

zen nicht sofort im klaren. Präsident Bush begrüßte die Maueröffnung und sah darin einen entscheidenden Schritt, die Prinzipien der Schlußakte von Helsinki verwirklichen zu können. US-Außenminister Baker sprach vom einschneidendsten „Ereignis in den Ost-West-Beziehungen seit dem Ende des Krieges“, warnte aber zugleich die sowjetische Führung, diese neue Entwicklung nicht durch Druck oder Gewalt zu belasten.<sup>17</sup>

Die Befürchtungen der US-Administration waren nicht unbegründet. In Moskau zeigten sich Panikreaktionen, weil die Partei- und Regierungsinstitutionen, aber auch Gorbatschow persönlich, zu erkennen begannen, daß sich die Hoffnung, den Reformprozeß in der DDR steuerbar machen zu können und über das Fortbestehen der deutschen Zweistaatlichkeit das bisherige europäische Machtgleichgewicht zu erhalten, zunehmend als eine politische Fehlkalkulation erwies.<sup>18</sup> Da die sowjetische Führung die drei westlichen Siegermächte nun direkt aufforderte, Mitverantwortung dafür zu übernehmen, daß nach der Maueröffnung die Entwicklungen in der DDR nicht zu politischem Chaos und zur Infragestellung der Nachkriegsrealitäten führen, entstanden für die USA neue und weitaus komplexere Zwänge, eine möglichst geschlossene Haltung des Westens hinsichtlich der rasanten Veränderungen in der deutschen Frage zu garantieren. Die amerikanische Diplomatie übernahm in diesem Augenblick nicht nur die Rolle eines „Moderators“, sondern sie begann in den Monaten November und Dezember 1989 das internationale Umfeld für eine mögliche deutsche Vereinigung zu schaffen. Wenn auch weiterhin vorsichtig agierend, trat sie schrittweise aus ihrer Beobachterrolle heraus und entwickelte ein erstes strategisches Rahmenkonzept für die westliche Politik in der deutschen Frage. Vier Prinzipien wurden vom Planungsstab des US-Außenministeriums für das weitere außenpolitische Vorgehen in den Mittelpunkt gerückt: „(1) Die USA unterstützen die deutsche Selbstbestimmung, ohne sich auf ein bestimmtes Ergebnis festzulegen. (2) Die Vereinigung hat auf eine mit der Mitgliedschaft in der NATO und in der EG verträgliche Weise zu erfolgen. (3) Die Einheit soll in einem friedlichen, schrittweisen Prozeß erreicht werden. (4) Hinsichtlich der Nachkriegsgrenzen sind die Grundsätze der KSZE-Schlußakte zu beachten.“<sup>19</sup> Diese Positionen boten der US-Administration zunächst Handlungsspielraum, um flexibel auf die Lage in der DDR und im deutsch-deutschen Verhältnis reagieren zu können. Sie dienten auch als konzeptioneller Ansatz für das Herangehen der USA an die noch völlig offenen und ungelösten gesamteuropäischen Strukturen, die durch die deutsche Frage neue Sichten erzwingen. Washington stand nun vor der Herausforderung, auf mehreren Aktionsfeldern gleichzeitig den noch konturenhaft gezeichneten deutschlandpolitischen Kurs

<sup>17</sup> Friedman, Thomas: U.S. Enthusiastic but has Concerns. In: New York Times, 11. November 1989.

<sup>18</sup> Vgl. Joffe, Josef: Der Prozeß der deutschen Vereinigung begann mit einer Fehlkalkulation des sowjetischen Präsidenten Gorbatschow. In: Welt am Sonntag, 3. März 1996, S. 26.

<sup>19</sup> Zelikow/Rice, a.a.O., S. 169.

auf Realisierbarkeit zu testen. Da Anfang Dezember 1989 das erste Gipfeltreffen von Bush mit Gorbatschow auf Malta bevorstand, waren die USA in besonderem Maße daran interessiert, eine möglichst geschlossene Haltung des Westens in den deutschen und europäischen Fragen gegenüber der sowjetischen Führung zeigen zu können. Vor diesem Hintergrund mußte auch die Hauptstoßrichtung des Vorgehens gegenüber der DDR in Abstimmung mit der Bonner Regierung weiter konkretisiert werden.

Für Washington waren die Rückwirkungen der schnellen inneren Veränderungen in der DDR weiterhin schwer kalkulierbar. Die Koalitionsregierung Modrow, die am 17. November 1989 ins Amt kam, konnte den Autoritätsverfall der SED und der Staatsorgane nicht mehr aufhalten, obwohl von ihr auf einigen Gebieten Reformschritte deutlicher artikuliert wurden. Angesichts der breiter werdenden Debatte über die deutsche Frage schlug Modrow vor, die Beziehungen zur Bundesrepublik im Rahmen einer „Vertragsgemeinschaft“ auszubauen, doch wurde von der DDR-Regierung jeder Gedanke an eine staatliche Vereinigung als unrealistisch zurückgewiesen. Es waren zwei Ziele, an denen das Modrow-Kabinett seine Politik zu orientieren versuchte: Erneuerung und Demokratisierung der inneren Strukturen der DDR und Sicherung ihrer staatlichen Eigenständigkeit. In Washington wurde die Idee einer Vertragsgemeinschaft sofort mit Interesse registriert, und es gab einen Meinungsaustausch zwischen Bush und Kohl über mögliche Konsequenzen aus dieser DDR-Position. Die Expertengruppen im *State Department* und im Nationalen Sicherheitsrat konnten aus den Lageanalysen der Diplomaten in Ostberlin auch erkennen, daß trotz der zunehmenden Massenaktionen in der DDR große Teile der Bevölkerung, eingeschlossen viele Intellektuelle und Sprecher von Oppositionsgruppen, die Forderung nach Erhalt der Eigenständigkeit der DDR erhoben und einen Anschluß an die Bundesrepublik ablehnten. Washington mußte in dieser Situation einkalkulieren, daß Reformschritte der Modrow-Regierung noch Alternativen zu einer Vereinigung ermöglichten.<sup>20</sup> So wurde Bush wie auch Baker von den Beratergruppen empfohlen, nach außen eine „passive“ Position einzunehmen und in Abstimmung mit Bonn die Forderungen Selbstbestimmung und Demokratisierung in der DDR in den Mittelpunkt der USA-Politik zu stellen. „Diese Linie konnte zur Vereinigung führen, war aber weich genug gezogen, um die Sowjets nicht noch stärker zu beunruhigen.“<sup>21</sup>

Die Situation änderte sich, als Kanzler Kohl am 28. November 1989 ein Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas verkündete. Obwohl das Programm verbal an den Gedanken der Vertragsgemeinschaft von Modrow anknüpfte, bestand sein Kern darin, über die Schaffung konföderativer Strukturen zwischen beiden deutschen Staaten Möglichkeiten für die Wiedererlan-

<sup>20</sup> Vgl. Greenwald, G. Jonathan: Berlin Witnes. An American Diplomat's Chronicle of East Germany's Revolution. Pennsylvania 1993, S. 272-275.

<sup>21</sup> Zelikow/Rice, a.a.O., S. 167f.

gung der staatlichen Einheit - wenn auch zunächst vage als Fernziel formuliert - zu erreichen. Um Befürchtungen der europäischen Nachbarn entgegenzuwirken, sollten deutsch-deutschen Entwicklungen fest in die bestehenden europäischen Strukturen eingebettet werden. Trotzdem: Das Endziel „Wiedervereinigung“ war nun eindeutig markiert. Kohl nutzte anwachsende Einheitsforderungen in der DDR und auch die widersprüchlichen innenpolitischen Auseinandersetzungen in der BRD über die deutsche Frage, um im Vorfeld der Bundestagswahlen die Initiative an sich reißen zu können. Je mehr sich die Krise in der DDR am Ende des Jahres 1989 vertiefte, desto bestimmter wollte Bonn signalisieren, daß hier die Bedingungen für die Vereinigung gesetzt werden und nicht durch die Verbündeten oder gar die Sowjetunion.<sup>22</sup>

Kohls Programm setzte auf Beschleunigung bei der Lösung der deutschen Frage. Dies stieß bei den Verbündeten, insbesondere in Großbritannien und Frankreich, auf Mißtrauen und teilweise offene Ablehnung.<sup>23</sup> Die sowjetische Führung sah in dem Programm eine gezielte Untergrabung des begonnenen Erneuerungsprozesses in der DDR und eine Nichtachtung der Helsinki-Prinzipien, besonders hinsichtlich der europäischen Nachkriegsgrenzen. Unbehagen erzeugte zugleich der Umstand, daß Bonn die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges über diese Initiative zuvor nicht konsultiert bzw. informiert hatte. Internationale Kritik an Kohls Vorgehen war unübersehbar. Was tat die US-Administration in dieser Situation? Sie stellte sich, wenn auch mit begrenztem Beifall, hinter das Kohl-Programm und versuchte, es vor internationaler Kritik abzuschirmen. Die strategischen Kalkulationen, die im Weißen Haus nun vorgenommen wurden, waren eindeutig: Für die Sicherung der langfristigen NATO-Interessen der USA in einem Europa des Umbruchs war die Regierung Kohl-Genscher ein entscheidender Stabilitätsanker. Deutsche „Sonderwege“ im Verhältnis zu Moskau sollten frühzeitig verhindert werden. Darüber hinaus durfte die deutsche Frage nicht zu einem Konflikt im westlichen Bündnis werden. Großbritanniens und Frankreichs ablehnende Haltung gegenüber einem forcierten Vereinigungsprozeß sollte durch die amerikanische Rückendeckung für die Kohl-Initiative entschärft werden. Damit hatte sich die Führungsmacht des Westens noch eindeutiger hinter die Einheitsforderungen gestellt, wenngleich sie weiterhin offen ließ, welche konkreten Formen und Zeitdimensionen damit verbunden sind.

## **Die USA stärken das internationale Umfeld für die deutsche Vereinigung**

Für die Supermacht USA, die aus dem Kalten Krieg mit gewachsenem internationalem Einfluß hervorging, war die Neuordnung des globalen Machtverhältnisses ge-

<sup>22</sup> Vgl. Bortfeldt, a.a.O., S. 79.

<sup>23</sup> Vgl. Connor, Ian: Die Thatcher-Regierung und die Vereinigung Deutschlands. In: Welt-Trends, Heft 9, 1995, S. 121-133.

genüber der Sowjetunion das vorrangige strategische Problem. Auf dem amerikanisch-sowjetischen Gipfel am 2. und 3. Dezember 1989 auf Malta trafen sich Bush und Gorbatschow erstmals persönlich. Die Verhandlungslinie des Weißen Hauses war auf Kooperationsförderung ausgerichtet: Durch Ausweitung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, besonders in den Bereichen Rüstungskontrolle, Wirtschaft und regionale Konfliktzonen, wollten die USA den inneren Reformkurs Gorbatschows stimulieren. Da keine der beiden Großmächte in diesem Moment in der Lage war, letzte Antworten auf die Frage nach neuen europäischen Strukturen am Ende des Kalten Krieges zu geben, stand die deutsche Frage während des Malta-Gipfels nicht im Zentrum der Verhandlungen. Es war mehr eine Konsenssuche bei der aktuellen Lagebeurteilung. Doch die Akzente, die hierbei gesetzt wurden, verdeutlichten auch die unterschiedlichen Interessenlagen. Präsident Bush versicherte der sowjetischen Seite, daß die USA angesichts der inneren Auflösungsprozesse im Ostblock keine strategischen Vorteile anstreben, eine auch später mehrfach gezeigte Geste amerikanischer Politiker, die wohl als „Beruhigungsspiel“ für die unsichere innenpolitische Position Gorbatschows gedacht war. Zugleich erklärten die USA, daß von ihnen nicht zu erwarten sei, eine deutsche Wiedervereinigung zu behindern.<sup>24</sup> Damit war der sowjetischen Seite signalisiert worden, daß Washington und Bonn die Frage einer deutschen Vereinigung, eingebettet in die europäische Vereinigung, gemeinsam voranzutreiben bereit waren. Gorbatschows Reaktion in der „Lagediskussion“ auf Malta offenbarte die zunehmende Konzeptionslosigkeit der engeren sowjetischen Führung. Er verwies darauf, daß die deutsche Vereinigung ein Prozeß sei, der möglicherweise nicht mehr aufzuhalten ist, jedoch nicht künstlich forciert werden sollte.<sup>25</sup> Die sowjetische Führung wollte im Interesse ihrer eigenen Sicherheitspositionen in den europäischen Strukturen die deutsche Frage im Rahmen des KSZE-Prozesses behandelt wissen, in dem die Nachkriegsrealitäten verankert waren. Zu dieser Realität gehörte aus sowjetischer Sicht die Existenz von zwei deutschen Staaten. Nach Gorbatschows Auffassung sollte die Geschichte über die Zukunft der deutschen Frage entscheiden. Verborg sich hinter dem Wort „Geschichte“ die Hoffnung, die Problemlösung vorerst nur zu verzögern? Tatsächlich war nicht zu übersehen, daß Moskau in der unübersichtlichen europäischen Lage an Zeitgewinn interessiert war. Ein Ergebnis zeitigte der Malta-Gipfel hinsichtlich der deutschen Entwicklungen dennoch: „Das gemeinsame sowjetisch-amerikanische Interesse an Deutschland bestand in einem friedlichen Verlauf der Wandlungsprozesse in der DDR, in einer deutsch-deutschen Annäherung in geregelten und stabilen Bahnen und einem wie auch immer vereinigten Deutschland, von dem keine militärische Bedrohung ausgehen dürfe.“<sup>26</sup>

---

<sup>24</sup> Vgl. Hacke, a.a.O., S. 437.

<sup>25</sup> Vgl. Gorbatschow, Michael: *Erinnerungen*. München 1996, S. 696.

<sup>26</sup> Bortfeldt, a.a.O., S. 91.

Nach Malta sah Bush erweiterte Handlungsspielräume für die Gespräche mit den Verbündeten auf der NATO-Tagung in Brüssel am 4. Dezember 1989. Hier waren die USA bestrebt, eine gemeinsame Linie mit ihren westlichen Bündnispartnern in der deutschen Frage zu finden. Die Widerstände, die besonders in Paris und London gegenüber den forcierten Vereinigungsforderungen von Kanzler Kohl aufkamen, wurden von den USA als eine Gefährdung ihrer langfristigen Interessen in Europa angesehen. So besaß das Weiße Haus keine Garantien, wie weit Frankreich und Großbritannien als Siegermächte von 1945 gehen würden, um sich mit der sowjetischen Führung über Verzögerungsschritte in der Deutschland-Politik abzusprechen. Erkennbar war, daß die französische Regierung aus Sorge um die europäische Stabilität zunächst einen Fortbestand der deutschen Zweistaatlichkeit favorisierte und der europäischen Vereinigung (d.h. der Schaffung einer westeuropäischen Wirtschafts- und Währungsunion) den Vorrang gegenüber der deutschen Einheit einräumte. Zumindest sollte Parallelität der Prozesse garantiert sein.<sup>27</sup> Großbritannien befürchtete eine weitere Relativierung seiner europäischen Rolle durch den Machtzuwachs eines vereinigten Deutschland und wünschte längere Zeitdimensionen für die Vereinigung. Ein besonderes britisches Interesse bestand Ende 1989 darin, daß es durch die Vereinigungsbestrebungen nicht zu einer Verletzung der originären Rechte der vier Siegermächte kommt.<sup>28</sup>

Vor diesem Hintergrund war Präsident Bush in Brüssel bestrebt, eine Konsensposition unter den NATO-Mitgliedstaaten durchzusetzen, die auch zur politischen Kurskorrektur bei denjenigen Bündnismitgliedern führen sollte, die mit Skepsis der amerikanisch-westdeutschen Linie in der deutschen Frage begegneten. Den Rahmen hierfür bildeten die bereits oben erwähnten vier Prinzipien für die Deutschland-Politik der US-Regierung vom November 1989, die in ihrer Präzisierung die verschiedenen Interessenlagen im Bündnis bündeln konnten. Das dort formulierte zweite Prinzip lautete nun eindeutig: Die Wiedervereinigung sollte „von dem unveränderten Bekenntnis Deutschlands zur NATO und einer mehr und mehr zusammenwachsenden Europäischen Gemeinschaft ausgehen, und sie müßte die Rechte und Verantwortlichkeiten der alliierten Mächte gebührend berücksichtigen“.<sup>29</sup> Mit einem hohen Maß an politischer Festigkeit und unter Nutzung ihrer Dominanzpositionen in der Allianz hatten die USA auf der NATO-Tagung durchgesetzt, daß die Grundlinie der Bonner Regierung hinsichtlich des Weges zur deutschen Vereinigung eine Unterstützung durch die Bündnispartner erfuhr. Ein größerer Konflikt innerhalb der NATO konnte vermieden werden, wenn auch das Unbehagen in einigen NATO-Ländern über einen schnellen Vereinigungsprozeß nicht überwunden werden konnte. In Brüssel und auch beim Aufenthalt von Außenminister Baker am

<sup>27</sup> Vgl. Klein, Jean: Die Herstellung der deutschen Einheit als europäische Frage. In: Locomer Protokolle 54/1990, S. 65-70.

<sup>28</sup> Vgl. Davy, Richard: Großbritannien und die Deutsche Frage. In: Europa-Archiv, Folge 4/1990, S. 139ff.

<sup>29</sup> Zelikow/Rice, a.a.O., S. 195.

11. Dezember 1989 in Westberlin verdeutlichte die US-Regierung ihre künftigen europäischen Interessen und Positionen.<sup>30</sup> Zwei Aspekte hatten hier Vorrang:

1. Fortgesetzte Einbindung eines vereinigten Deutschland in die NATO. Für die US-Administration war diese Forderung unumstößlich, da nach ihrer Auffassung nur über diesen Weg die NATO in einer neuen europäischen Architektur funktionsfähig gehalten werden konnte. Damit sollte die Garantie verbunden werden, daß die Sicherheit der USA an die Sicherheit Europas gekoppelt bleibt. Die unveränderte NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschland war somit für die USA eine fundamentale Voraussetzung für die Absicherung ihrer langfristigen globalen und europäischen Einflußpositionen. Zugleich sollte die feste Einbindung Deutschlands in die NATO Sicherheiten dafür schaffen, daß das künftige deutsche Machtpotential in neuen europäischen Strukturen kontrollierbar bleibt und deutsche Sonderwege im Verhältnis zu Moskau, insbesondere beim Aushandeln der Bedingungen für die Einheit oder für künftige gesamteuropäische Sicherheitsbedingungen, ausgeschlossen werden konnten. Im Dezember 1989 war das Thema „Neutralität“ noch nicht vom Tisch und selbst in den USA wurde über einen besonderen Sicherheitsstatus für die DDR im Falle einer Vereinigung nachgedacht.<sup>31</sup>

2. Anpassung der bestehenden europäischen Institutionen an die politischen Wandlungsprozesse. Aus Washingtoner Sicht waren Bedingungen herangereift, der NATO neue Aufgabenstellungen zu übertragen. Über die traditionellen Abschreckungs- und Verteidigungsfunktionen hinaus sollten schrittweise nichtmilitärische Aspekte der Sicherheit - vor allem auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet gegenüber dem Osten - einen größeren Stellenwert erhalten. Unverkennbar war die US-Administration daran interessiert, daß sowohl Moskau als auch die osteuropäischen Mitglieder im Warschauer Pakt im Prozeß ihres inneren Wandels die NATO als unverzichtbaren Stabilitätsfaktor in einem ungeteilten Europa anerkennen. Die Funktion der NATO als Forum der Verbindungen zwischen Ost und West sollte hierbei einen Anreiz bieten. Ein weiteres Interesse der USA bestand in der Weiterentwicklung der EG, die von Washington ermuntert wurde, die Kooperation mit dem Osten auszubauen, um so die politischen Wandlungen im Bereich des Warschauer Pakts stärken zu können. Schließlich forderte die US-Administration dazu auf, die KSZE mit den neuen europäischen Entwicklungen in Übereinstimmung zu bringen. Ihre Inhalte sollten von der bisherigen Legitimierung des Status quo zu einer Förderung gesamteuropäischer Öffnungstendenzen weiterentwickelt werden.

---

<sup>30</sup> Ebenda, S. 208f. Einblicke in diese Problematik bietet auch der Beitrag von Michael H. Hatzel: Amerikanische Einstellungen zur deutschen Wiedervereinigung. In: Europa-Archiv, Folge 4/1990, S. 190ff.

<sup>31</sup> Vgl. Kissinger, Henry: Auch ein vereinigtes Deutschland muß NATO-Mitglied sein. In: Welt am Sonntag, 10. Dezember 1989.

Mit diesen Positionen für eine neue europäische Architektur nach dem Ende des Kalten Krieges zeigte die US-Regierung ihre Fähigkeit, eine Führungsrolle in den Wandlungsprozessen auszuüben. Vor allem waren die USA an europäischen Rahmenbedingungen interessiert, in denen die deutsche Vereinigung nach westlichen Wertvorstellungen zu einer Lösung gebracht werden konnte. Hierfür war die Lage am Ende des Jahres 1989 auch für Washington noch äußerst unübersichtlich. Deshalb forderte Baker auch in Berlin dazu auf, in der deutschen Frage nicht zu drängen und die legitimen Sorgen aller europäischen Staaten zu berücksichtigen.<sup>32</sup>

Schwer einschätzbar war für Washington vor allem die Position der sowjetischen Führung. Diese hatte sich nach dem 10-Punkte-Plan von Kohl erheblich verhärtet. Auf einem ZK-Plenum der KPdSU Anfang Dezember 1989 erklärte Gorbatschow, daß die DDR ein strategischer Verbündeter der Sowjetunion sei und von ihr nicht im Stich gelassen werde. Auch werde Moskau Versuche einer Einmischung von außen zu verhindern wissen.<sup>33</sup> Doch zum gleichen Zeitpunkt vertiefte sich die innere Krise in der DDR, und das Tempo des Zerfalls der Machtstrukturen beschleunigte sich. Während in den Massendemonstrationen die Forderungen nach schneller deutscher Einheit ein immer stärkeres Gewicht erhielten, kamen die Vertreter der Altparteien und der oppositionellen Bürgerbewegungen am „Runden Tisch“ überein, eine neue DDR-Verfassung auszuarbeiten und freie demokratische Wahlen zur Volkskammer für den Mai 1990 vorzubereiten. Die Regierung Modrow, die vorrangig ein Krisenmanagement betrieb, war bemüht, breitere Unterstützung in der Bevölkerung zu finden. Washington übersah auch nicht, daß erhebliche Teile der DDR-Bevölkerung bis hinein in die Oppositionsgruppen des „Runden Tisches“ der Idee einer Vertragsgemeinschaft zwischen beiden deutschen Staaten noch immer näher standen als einer schnellen staatlichen Einheit.

Die Unkalkulierbarkeiten in den Krisenprozessen der DDR - auch die Gefahr von Übergriffen auf sowjetische Militäreinrichtungen - veranlaßte US-Außenminister Baker, am 12. Dezember 1989 mit DDR-Ministerpräsident Modrow in Potsdam zusammenzutreffen. Dieser Schritt war unter den US-Diplomaten umstritten. Der US-Botschafter in Ostberlin, Richard Barkley, hielt ihn in dieser Situation aber für notwendig. Auch Bonn war informiert. Zweck des Besuchs von Baker war, „der Regierung Modrow genügend Rückhalt zu geben, damit sie die für Mai 1990 geplanten freien Wahlen vorbereiten konnte“.<sup>34</sup> Auch amerikanische Wirtschaftshilfe für die DDR wurde in Aussicht gestellt, wenn die Modrow-Regierung tatsächlich umfassende politische und wirtschaftliche Reformen durchsetzt, wie auch von Bonn gefordert. Separate Gespräche Bakers mit Kirchenvertretern der DDR, unter ande-

---

<sup>32</sup> Vgl. Rede des US-Außenministers James A. Baker vor dem Presseclub in Westberlin am 12. Dezember 1989. In: Europa-Archiv, 4/1990, Dokumente D 77-D 84.

<sup>33</sup> Vgl. Neues Deutschland, 11. Dezember 1989, S. 1.

<sup>34</sup> Zelikow/Rice, a.a.O., S. 212. Siehe auch Modrow, Hans: Aufbruch und Ende. Hamburg 1991, S. 94.

ren mit Konsistorialpräsident Manfred Stolpe, die am „Runden Tisch“ die Bürgerbewegungen vertraten, verdeutlichten den USA, daß Modrow als derjenige Politiker angesehen wurde, der eine Stabilität in der Übergangsperiode bis zu den Wahlen garantieren könne. Jedoch geriet die DDR-Regierung immer stärker unter den Druck der wirtschaftlichen Verfallstendenzen und wurde zunehmend mit den Erwartungen einer schnellen Vereinigung konfrontiert. Die Potsdamer Gespräche Bakers waren auch als Signal an die sowjetische Führung gedacht, daß die USA die politischen Prozesse kalkulierbar halten wollten und an Stabilität in der DDR interessiert waren.

Im Verlauf des Dezember 1989 war - auch im Ergebnis des wenig konstruktiven Botschaftertreffens der vier einstigen Siegermächte in Berlin - eine gewisse Verlangsamung der Vereinigungstendenzen eingetreten. Nachdem die Bush-Administration selbst das Tempo in Richtung deutsche Vereinigung zusammen mit Bonn erheblich beschleunigt hatte, stand sie nun vor der Entscheidung, wie mit den deutschlandpolitischen Positionen der sowjetischen Seite weiter umgegangen werden sollte. Diesbezüglich wuchsen die Unwägbarkeiten für die amerikanischen Entscheidungsträger. Sie schlossen u.a. nicht aus, daß Gorbatschow mit der Forderung nach einer „Friedenskonferenz“ eine mehrjährige Verhandlungsdebatte über die Vereinigung anstreben könnte, um so Garantien für eine militärische Neutralität Deutschlands zu erhalten. Auch wurde die Möglichkeit gesehen, daß Moskau eine EG-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland akzeptieren, jedoch zusammen mit der DDR die Hürden für eine NATO-Mitgliedschaft höher legen würde. Unverkennbar war die sowjetische Führung daran interessiert, den Vier-Mächte-Mechanismus stärker für die Berücksichtigung ihrer Sicherheitsforderungen und zur Debatte der deutschen Entwicklungen einzusetzen. Das war gegen Bonn gerichtet. Die USA reagierten schnell und signalisierten Moskau eine klare Ablehnung.<sup>35</sup>

Doch die Entwicklungen in der DDR überholten erneut alle politischen Planungen der Diplomatie. Zu Beginn des Jahres 1990 verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation in der DDR dramatisch. Immer größere Teile der Bevölkerung waren nicht mehr bereit, auf Reformen zu warten, und sahen im Anschluß an die BRD den schnellsten Weg, in den Genuß des funktionierenden westdeutschen Wohlfahrtsystem zu gelangen. Es bestand die reale Gefahr, daß das DDR-System noch vor den geplanten Wahlen in sich zusammenbrechen könnte. Die Vorverlegung der Wahlen auf den 18. März 1990 widerspiegelte diese Krisensituation. Als Ministerpräsident Modrow am 30. Januar 1990 Gorbatschow in Moskau traf, überbrachte er eine unmißverständliche Lageanalyse: „Die wachsende Mehrheit der DDR-Bevölkerung unterstützt die Idee von der Existenz zweier deutscher Staaten nicht mehr; es erscheint nicht mehr möglich, diese Idee aufrechtzuerhalten.“<sup>36</sup> In dieser Situation zeigte auch die Regierung Kohl keine Bereitschaft mehr, der DDR irgendwelche Finanzhilfen zu gewähren. Kohl selbst rückte nun von den Konföderationsplänen

<sup>35</sup> Vgl. Zelikow/Rice, a.a.O., S. 224.

<sup>36</sup> Gorbatschow, a.a.O., S. 714.

ab und strebte mit starker Förderung der Ost-CDU den schnellen und direkten Anschluß der DDR an die Bundesrepublik an. Im Weißen Haus kamen die Beraterstäbe ebenfalls zur Schlußfolgerung, daß langsames Agieren der Lage nicht mehr angemessen ist und begannen Wege zur direkten und möglichst schnellen deutschen Vereinigung zu konzipieren. Robert Blackwill, Sonderberater des US-Präsidenten, umriß das wesentliche Motiv für diese amerikanische Entscheidung mit folgenden Überlegungen: „Wenn der Vereinigungsprozeß über Jahre hinausgezogen würde, könnten die Sowjetunion und andere ... zu oft Gelegenheit erhalten, ihre Zustimmung zur Einheit von Bonner Zugeständnissen in bezug auf die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands, seine militärische Mitarbeit im Bündnis und die Präsenz amerikanischer Streitkräfte und Atomwaffen in Europa abhängig zu machen.“<sup>37</sup> Die Großmacht USA wollte diesen Gefahren vorbeugen.

### **Die USA und die äußeren Aspekte der deutschen Vereinigung**

Für Washington war mittlerweile der sowjetische Faktor das Schlüsselproblem in den weiteren Deutschland-Entwicklungen. Mit welchen Reaktionen würde in Moskau zu rechnen sein, nachdem sichtbar wurde, daß Lebensfähigkeit und staatliche Eigenständigkeit der DDR nicht mehr garantiert waren? Die Debatte über die Frage, daß die sowjetische Führung nicht zulassen dürfe, die Eigenständigkeit der DDR „preiszugeben“ - Anfang 1990 noch ein Thema in den Gesprächen zwischen Vertretern der SED/PDS und sowjetischen Spitzenfunktionären in Moskau - zeigte das Ausmaß des Unverständnisses von DDR-Parteikadern für elementare Prinzipien der Selbstbestimmung. Nicht wenige waren immer noch in der Vorstellung verhaftet, daß Selbstbestimmung nur dann zu akzeptieren sei, wenn der eigene Machterhalt damit garantiert werden konnte.<sup>38</sup> In der sowjetischen Führung war, wenn auch heftig umstritten, der Erkenntnisprozeß über die irrationalen Positionen in Ostberlin hinausgegangen und näherte sich einer Realität an, die nicht mehr ignoriert werden konnte: Die sowjetischen Sicherheitsinteressen in der neuen internationalen Lage durften nicht länger mit dem Preis einer fortgesetzten Teilung der deutschen Nation erkaufte werden. Insofern blockierte Moskau nicht mehr das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, insbesondere nicht die Entscheidung der DDR-Bevölkerung, das marode Gesellschaftssystem der DDR im Prozeß einer Vereinigung zu überwinden. Völlig offen war dagegen, wie die UdSSR mit ihren 27 Millionen Menschenopfern im Zweiten Weltkrieg ihre eigenen Sicherheitsinteressen gegenüber dem Westen zur Geltung bringen konnte. Hier waren die verschiedenen Entscheidungsgruppen im zentralen Machtapparat zerstritten und zunehmend auch konzeptionslos.<sup>39</sup>

---

<sup>37</sup> Zelikow/Rice, a.a.O., S. 230.

<sup>38</sup> Vgl. SED/PDS: Die geheimen Gespräche im Kreml. In: Welt am Sonntag, 16. August 1998, S. 32.

<sup>39</sup> Vgl. Falin, a.a.O., S. 159f.

Bei den amerikanisch-sowjetischen Sondierungen im Februar 1990 wurden die Positionen beider Seiten klarer abgesteckt. Annäherung gab es hinsichtlich der Unvermeidlichkeit der Vereinigung der deutschen Staaten. Deshalb sollten sich beide Großmächte auf diese Entwicklung einstellen. Während beide Seiten davon ausgingen, daß die Vereinigung Angelegenheit der Deutschen selbst sein sollte, bahnte sich Übereinstimmung an, die äußeren Aspekte der Vereinigung unter Beteiligung der vier Siegermächte zu verhandeln. Dabei wurde sowohl die Einbindung der Verhandlungen in den KSZE-Rahmen als auch die Orientierung auf eine separate Konferenz der vier Mächte, beides Forderungen, die in sowjetischen Beratergremien immer wieder diskutiert wurden, als Lösungsweg ausgeschlossen. Um Ressentiments in der Öffentlichkeit beider deutscher Staaten zu vermeiden, hielten beide Seiten für den Verhandlungsrahmen die Formel „Vier plus Zwei“ oder „Zwei plus Vier“ für vertretbar, wobei sich Washington sehr eindeutig für die zweite Variante stark machte. Zugleich forderte die US-Seite, diesen Verhandlungsmechanismus erst nach den Wahlen in der DDR wirksam werden zu lassen, um Vertreter einer demokratisch legitimierten Regierung am Tisch zu haben.<sup>40</sup>

Hinsichtlich des militärpolitischen Status eines vereinigten Deutschland - dem Schlüsselproblem der äußeren Aspekte - vollzog sich zunächst keine Annäherung der Standpunkte beider Mächte. Außenminister Baker versuchte Gorbatschow davon zu überzeugen, daß eine feste Einbindung des vereinigten Deutschland in die NATO den USA und dem Westen langfristig Möglichkeiten verschaffen würden, eine ausreichende Kontrolle über die künftige Außen- und Militärpolitik Deutschlands auszuüben. Neutralität sei dagegen ein unkalkulierbarer Zustand, da in diesem Rahmen militärische Sonderwege der Deutschen, einschließlich auf nuklearem Gebiet, eine Gefahr für alle, auch für die Sowjetunion, darstellen würden. In diesem Zusammenhang brachte die amerikanische Seite auch vage die Zusicherung ins Spiel, bei einer deutschen Einbindung in die NATO weder die Rechtsprechung noch die Truppen der NATO auf Gebiete außerhalb der bisherigen Allianzgrenzen, d.h. auf das DDR-Territorium, auszudehnen.<sup>41</sup>

Die sowjetische Führung operierte gegenüber den USA zunächst mit Forderungen, die mit dem deutschlandpolitischen „Dreistufenplan“ der Modrow-Regierung korrespondierten und zwischen Moskau und der DDR abgestimmt waren. Über drei Stufen - Vertragsgemeinschaft, Konföderation und Deutsche Union - sollte ein einheitlicher Staat entstehen, der in veränderten europäischen Sicherheitsstrukturen einen neutralen Status besitzt. Vor allem war die Sowjetunion daran interessiert, daß nicht die NATO, sondern ein gesamteuropäisches Sicherheitsnetzwerk die Rahmenbedingungen für ein vereinigtes Deutschland darstellt. Für diese Haltung der Sowjetunion war auch bedeutsam, daß einflußreiche Kräfte in der SPD der Bundesrepublik den Konföderationsweg zur Einheit stützten und einer Vereinigung über Artikel 146 des

<sup>40</sup> Vgl. Zelikow/Rice, a.a.O., S. 259f.

<sup>41</sup> Vgl. Gorbatschow, a.a.O., S. 716.

Grundgesetzes (Einheit nach Ausarbeitung einer gesamtdeutschen Verfassung) Priorität einräumten. Darüber hinaus ging die SPD in West und Ost von der Position aus, daß ein vereinigtes Deutschland weder der NATO noch dem Warschauer Pakt angehören und einen neutralen Status besitzen sollte.

Mit starker politischer Rückendeckung der US-Regierung führte Bundeskanzler Kohl am 10. Februar 1990 Gespräche mit Gorbatschow in Moskau. Hier bestätigte die sowjetische Seite, was bereits zuvor mit den USA eine weitgehende Klärung erfahren hatte: Die Deutschen - die BRD und die DDR - sollten selbst über den Weg zur Vereinigung bestimmen. Doch dabei müßten die legitimen Sicherheitsinteressen aller Nachbarstaaten, einschließlich der Sowjetunion, Berücksichtigung finden. Kohl sah hierin den entscheidenden Durchbruch für den Vereinigungskurs der Bundesregierung, wobei er sich wie die USA gegen eine Neutralität des künftigen Deutschland aussprach. Gorbatschows „Öffnung“ zur deutschen Einheit wurde von einem sehr kleinen Kreis im sowjetischen Entscheidungsapparat getragen. Auch viele kritische Stimmen waren hörbar. Einer der Kritiker, Valentin Falin, vermerkte hierzu: „Am 10. Februar wurde die Vereinigung Deutschlands als de facto gelöste Aufgabe verkündet. Ohne jegliche Bedingungen, ohne die Zusammenhänge mit der Regelung der äußeren Aspekte aufgeklärt zu haben. Die Deutschen erhielten damit eine *Carte blanche*, was, wie und wann zu tun war. Flugs kehrte man die Formel ‚4 + 2‘ bereits zwei Tage später in ‚2 + 4‘ um.“<sup>42</sup> Vor dem Treffen Kohl-Gorbatschow gab es keine sachlichen Konsultationen Moskaus mit der DDR-Regierung. Diese wurde nur noch über die Ergebnisse informiert.

Nachdem die Außenminister der NATO und der Warschauer Vertragsorganisation auf einer ersten gemeinsamen Tagung vom 11. bis 13. Februar 1990 in Ottawa zu der Einigung gelangten, den Zwei-plus-vier-Mechanismus zu installieren, um die äußeren Probleme der deutschen Vereinigung zu erörtern, mußten die USA eine Strategie entwickeln, wie über diesen Weg ihre Interessen gegenüber einer geschwächten, aber immer noch bedrohlichen Sowjetunion durchgesetzt werden konnten. Im Rückblick auf die Ereignisse von 1990 sollten recht eindeutige Skizzierungen der Interessenlagen der USA nicht übersehen werden: „Die Vereinigten Staaten wollten die demokratischen Veränderungen in Europa konsolidieren, die sowjetische Militärmacht in Osteuropa reduzieren und ihre Präsenz in Deutschland beenden. US-Truppen sollten dagegen auf deutschem Boden stationiert bleiben, wenn auch in geringerer Zahl. Sollten die Amerikaner ihr Ziel erreichen, käme dies für die Sowjetunion einer katastrophalen Niederlage gleich. Dies war die rauhe, unverschleierte Wahrheit. Die USA hatten beschlossen, die Vereinigung Deutschlands allein nach westlichen Bedingungen zu vollziehen.“<sup>43</sup> Angesichts dieser Zielvorstellungen aus dem Weißen Haus konnte es nicht verwundern, daß die sowjetische Führung fürchtete, im Rahmen der Zwei-plus-vier-Gespräche immer stärkere Konzessionen

<sup>42</sup> Falin, a.a.O., S. 170.

<sup>43</sup> Zelikow/Rice, a.a.O., S. 279.

sionen hinsichtlich ihrer Sicherheitsinteressen gegenüber Deutschland machen zu müssen.

Ein rauhes Klima beherrschte dann auch den Zwei-plus-vier-Verhandlungsmarathon, der Anfang Mai 1990 (nach dem Sieg der CDU und ihrer Verbündeten bei den Wahlen in der DDR) begann und am 12. September 1990 mit dem Abschluß des „Vertrages über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ endete. Die Verhandlungsstrategie des Weißen Hauses war in dieser Phase darauf ausgerichtet, der sowjetischen Führung „Anreize“ zu bieten, damit sie die Einbindung Deutschlands in die NATO akzeptieren konnte und eigene Sicherheitsinteressen nach ihrem militärischen Rückzug aus Mitteleuropa berücksichtigt findet. Unübersehbar war, daß die Handlungsspielräume für Gorbatschow, Kompromisse einzugehen, angesichts des Drucks konservativer und militärischer Führungsgruppen in Moskau immer enger wurde. Es waren vor allem zwei Initiativen, mit denen die US-amerikanische Diplomatie „Bewegung“ in die sowjetische Haltung zu bringen versuchte: Erstens bot Bush noch vor dem amerikanisch-sowjetischen Gipfel, der für Ende Mai 1990 in Washington geplant war, Gorbatschow neun Garantien des Westens an, die umfassend sowjetische Sicherheitsinteressen berücksichtigen sollten. Obwohl die USA diese Garantien zuerst in einzelnen Schritten verhandeln wollten, fügten sie diese in einem Gesamtpaket zusammen. Die neun Elemente waren: Klärung der Stärke der Streitkräfte in Europa, vor allem in Mitteleuropa, durch schnellen Abschluß der VKSE-Verhandlungen (dies berührte auch die Reduzierung der Truppenstärke der Bundeswehr); Beschleunigung der Verhandlungen über nukleare Kurzstreckenwaffen; Bekräftigung des Verzichts der Deutschen auf nukleare, biologische und chemische Waffen; Zusicherung, während einer Übergangsperiode keine NATO-Truppen auf dem Gebiet der DDR zu stationieren; Festlegung einer Übergangsperiode für den Abzug sowjetischer Truppen von deutschem Territorium; Überprüfung der NATO-Strategie und ihre Anpassung an die veränderte Ost-West-Situation; Verbindliche Bestimmung der Grenzen des vereinigten Deutschland, insbesondere gegenüber Polen; Weiterentwicklung der KSZE und Sicherung der Rolle der UdSSR in diesem Rahmen; Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, besonders hinsichtlich der Wirtschaftsverpflichtungen der DDR.<sup>44</sup>

Zweitens drängte die US-Administration in engster Abstimmung mit Bonn die NATO-Mitgliedstaaten, den Charakter der Allianz schnell zu verändern und das Verhältnis von NATO und Warschauer Pakt in kooperative Bahnen zu lenken. Von dieser Zielsetzung waren die politisch-strategischen Grundpositionen zum bisherigen Gegner im Kalten Krieg, die Militärdoktrin, die Waffenstrukturen und künftige Rüstungsreduzierungen berührt. Angesichts der unterschiedlichen Interessenlagen der Mitgliedstaaten begannen die USA, Veränderungen in der NATO-Strategie mit ihren dominierenden Einflußpositionen weitgehend unilateral in Gang zu setzen.

<sup>44</sup> Vgl. Zelikow/Rice, a.a.O., S. 365.

Washington war sich bewußt, daß die „Entfeindung“ der bestehenden Militärblöcke der entscheidende Hebel sein werde, um in der sowjetischen Führung eine Bereitschaft zur Akzeptanz der NATO-Einbindung des vereinten Deutschland vergrößern zu können.<sup>45</sup>

Während der Gipfelgespräche zwischen Bush und Gorbatschow Ende Mai 1990 in Washington ging die sowjetische Seite unverändert von der Position aus, daß ein vereinigtes Deutschland beiden Bündnissen oder aber keinem angehören sollte. Moskau wünschte eine Übergangsperiode, in der sich die bestehenden Militärallianzen in politische Organisationen verwandeln könnten.<sup>46</sup> Doch im Verlauf der Verhandlungen bahnte sich ein Durchbruch an, der durch eine sehr persönliche Entscheidung Gorbatschows möglich wurde. Ohne Abstimmung mit der eigenen Verhandlungsdelegation stimmte er der Überlegung von Präsident Bush zu, daß gemäß der KSZE-Schlußakte alle Staaten das Recht hätten, über ihre Bündniszugehörigkeit frei zu entscheiden. Dies müsse auch für das vereinte Deutschland gelten. Schließlich einigten sich beide Seiten auf eine von Bush vorgeschlagene Formel: „Die USA plädieren eindeutig für die Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland in der NATO, wenn Deutschland jedoch eine andere Wahl trifft, werden die USA nicht dagegen einschreiten, sondern diese respektieren.“<sup>47</sup>

Dieses entscheidende Zugeständnis, das Gorbatschow hinsichtlich der Bündniszugehörigkeit in Washington machte, löste in den sowjetischen Führungskreisen nicht nur Irritation, sondern auch Widerstand gegen diese „private“ Entscheidung aus. Nochmals gingen einflußreiche Kräfte im ZK und Militärs in die Offensive und versuchten, den Rückzug der sowjetischen Militärpräsenz in der DDR von der Schaffung neuer europäischer Sicherheitsstrukturen abhängig zu machen. Auch wurde gefordert, nach der staatlichen Einheit Deutschlands die Rechte der vier Mächte aus der Nachkriegszeit für längere Zeit aufrechtzuerhalten, um Kontrollmöglichkeiten über die deutsche Politik zu behalten. Dies waren Versuche, den inneren Vereinigungsprozeß von den äußeren Aspekten zu trennen und einen Zeitgewinn zu erreichen.

Die neue DDR-Regierung unter de Maizière, die in den bisherigen Zwei-plus-vier-Gesprächen nur eine Nebenrolle spielte, mußte immer wieder in ihrem Agieren auf die Interessenlagen der Sowjetunion Rücksicht nehmen. Während des offiziellen Besuchs von Ministerpräsident de Maizière im Juni 1990 in Washington gab Präsident Bush seinem Gast zu verstehen, „daß er nicht glaube, daß die DDR eine konstruktive Rolle in den Zwei-plus-vier-Gesprächen spiele“.<sup>48</sup> Ganz offensichtlich waren die USA über Forderungen von DDR-Außenminister Meckel (SPD) ungehalten, der sich u.a. für eine neutrale Sicherheitszone in Europa einsetzte und einen

---

<sup>45</sup> Vgl. Hacke, a.a.O., S. 447.

<sup>46</sup> Vgl. Gorbatschow, a.a.O., S. 721f.

<sup>47</sup> Ebenda, S. 723.

<sup>48</sup> Zelikow/Rice, a.a.O., S. 399.

Zeitplan für die Ausarbeitung einer künftigen europäischen Sicherheitsstruktur als Alternative zu den bestehenden Militärbündnissen verlangte. Mit Unbehagen registrierte man in Washington auch, daß völlig im Gegensatz zur Position Genschers der DDR-Außenminister den sowjetischen Vorschlag einer assoziierten Teilnahme des vereinten Deutschland in beiden Bündnissen unterstützte.<sup>49</sup> Diese Positionen, die besonders die sozialdemokratischen Vertreter in der DDR-Regierung einnahmen, waren kein Zufall. Teile der DDR-Öffentlichkeit standen einer NATO-Bindung noch abwartend und skeptisch gegenüber und suchten nach Kompromißlösungen. Der wesentliche Grund hierfür waren Befürchtungen, daß die ehemaligen Partner der DDR im Osten, die die Vereinigung unterstützten, hinsichtlich ihrer Sicherheitsinteressen nicht ausreichend berücksichtigt würden.<sup>50</sup>

Mit der Gipfelkonferenz der 16 NATO-Staaten am 6. Juli 1990 in London schuf die USA-Administration die entscheidenden Voraussetzungen, um die sowjetische Führung zum Einlenken in den offenen Fragen der äußeren Aspekte der deutschen Vereinigung bewegen zu können. Die Gipfelerklärung von London, die zeitgleich mit dem Parteitag der KPdSU in Moskau verabschiedet wurde, bot „dem einstigen Gegner die Zusammenarbeit an und signalisierte, daß die NATO im Begriff war, sich von einem vorwiegend militärischen zu einem politisch orientierten Bündnis zu verwandeln“.<sup>51</sup> Um den politischen Wandel zu unterstreichen wurde Gorbatschow eingeladen, vor dem NATO-Rat zu sprechen. Unabhängig davon, wie weit tatsächlich die Veränderungen in der NATO gehen sollten, war man sich in Washington aber bewußt, daß ohne die Londoner Initiative Gorbatschow wenig Chancen haben würde, eine Zustimmung im sowjetischen Machtapparat für eine Kompromißlinie in den deutschen Fragen zu erhalten. „Die Regierungen Bush und Kohl wußten von dem Doppelspiel, das notwendig war: Einerseits wollten sie dem neuen West-Ost-Beziehungsrahmen auch in der NATO-Deklaration Rechnung tragen, andererseits sollten der Grundcharakter, die Lebensfähigkeit und die Zielsetzung der NATO jedoch beibehalten werden.“<sup>52</sup> Dies war tatsächlich die Quadratur des Kreises in der Endphase der Zwei-plus-vier-Gespräche.

Die USA hatten durch ihre schnellen Entscheidungen im Bündnis Bundeskanzler Kohl den Weg zu den abschließenden Verhandlungen mit der sowjetischen Führung über die deutsche Vereinigung am 16. Juli 1990 geebnet. Gorbatschow selbst

<sup>49</sup> Vgl. Außenpolitische Korrespondenz, Nr. 18, 22. Juni 1990, S. 138. Siehe auch Crome, Erhard/Krämer, Raimund: Die verschwundene Diplomatie. Rückblicke auf die Außenpolitik der DDR. In: WeltTrends, Heft 1, 1993, S. 140-143.

<sup>50</sup> Vgl. Montag, Claus: Zum Problem der europäischen Einbettung des deutschen Einigungsprozesses. In: Die deutsche Einheit als europäische Frage. Loccumer Protokolle 54/1990, S. 217-231.

<sup>51</sup> Bortfeldt, Heinrich: Die Vereinigten Staaten und die deutsche Einheit. In: Klaus Larres/Torsten Oppelland (Hrsg.): Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert. Geschichte der politischen Beziehungen. Darmstadt 1997, S. 260.

<sup>52</sup> Hacke, a.a.O., S. 451.

nutzte die zeitweilige Lähmung der konservativen Parteikräfte, um einen Ausgleich mit dem Westen zu finden. Unverkennbar waren die Hoffnungen in der sowjetischen Führungsspitze, über ein Entgegenkommen in den Kernfragen der deutschen Einheit erweiterte Möglichkeiten für die wirtschaftliche Kooperation mit dem Westen angesichts der Krise der Perestroika-Politik erschließen zu können. Dazu benötigte Moskau sowohl die USA als auch die Bundesrepublik.

In Archys im Kaukasus wurden die Ergebnisse des „Interessenausgleichs“ dann festgeschrieben:

Nach Vollzug der deutschen Einheit vollständige Ablösung der Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Mächte; Gewährung der vollen und uneingeschränkten Souveränität; sowjetischer Truppenabzug aus der DDR in einer Übergangsperiode; freie Entscheidung über die Bündniszugehörigkeit des vereinten Deutschland; Reduzierung der künftigen deutschen Streitkräfte auf 370.000 Mann; Verzicht des vereinten Deutschland auf Herstellung und Besitz von atomaren, biologischen und chemischen Waffen. Beide Seiten versicherten, eine bessere Synchronisation des gesamteuropäischen Prozesses mit der Vereinigung Deutschlands anzustreben. Vertreter der DDR-Regierung waren an diesen abschließenden Verhandlungen, die beide deutsche Staaten berührten, nicht beteiligt. Auch wurden die Verbündeten der Sowjetunion im Warschauer Pakt durch die Führung in Moskau vor den Entscheidungen nicht konsultiert. Die „Abwicklung“ der DDR als Hauptdomäne sowjetischer Hegemoniepolitik in Mitteleuropa war in Archys abgeschlossen. Damit war auch der Weg geebnet für den „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ im Rahmen des Zwei-plus-vier-Prozesses.

## Fazit

Das Verschwinden der DDR aus den europäischen Nachkriegsstrukturen war in erster Linie das Ergebnis ihrer inneren politischen Wandlungen. In dem Augenblick, als die Mehrheit der Bevölkerung der DDR im Realsozialismus und in der Zwei-staatlichkeit keine Perspektive mehr erblickte und, mit welchen Motiven auch immer, einen Anschluß an die Bundesrepublik favorisierte, hatten die äußeren Mächte erst die Chance, ihre Interessen gegenüber der veränderten deutschen Frage voll zur Wirkung zu bringen. Ihr Vorgehen und Verhalten in den verschiedenen Phasen des Umbruchs in der DDR war stets in den Ost-West-Konflikt eingebettet. So traten auch die USA und die Sowjetunion als die Hauptakteure für die äußere Rahmense-tzung deutscher Wandlungen in Erscheinung. Hier zeigte die Diplomatie der USA ein hohes Maß an Durchsetzungsvermögen und kalkuliertem Machteinsatz. Letztlich vollzog sich der Vereinigungsprozeß im Ergebnis von Entscheidungen im Machtdreieck Washington-Bonn-Moskau. „Die „Zwei-plus-Vier-Gespräche waren“, wie Christian Hacke mit Recht feststellte, „in Wirklichkeit Zwei-plus-Eins-Gespräche, in denen die übrigen Teilnehmer eine nachgeordnete Rolle spielten und sich schließlich dem im Dreieck Washington-Bonn-Moskau ausgehandelten Ergebnis anpassen

mußten. Richtung, Geschwindigkeit, Inhalt und Verfahrensweise wurden im diplomatischen Wechselspiel zwischen Washington und Bonn festgelegt.“<sup>53</sup> Die enge Partnerschaft, die die USA mit der Bundesrepublik demonstrierten, reflektierte jedoch nicht nur Sympathie für die Deutschen und deren Wunsch nach Überwindung der langjährigen und unnatürlichen Teilung der Nation. Ebenso wichtig, wenn nicht sogar entscheidender, war für die außenpolitischen Eliten der USA die Erkenntnis, daß mit dem Machtverfall des globalen Hauptgegners Sowjetunion die strategischen Prioritäten neu gesetzt werden mußten. Deutschland löste nicht nur die Sowjetunion als vorrangiges strategisches Interesse der USA ab, sondern begann der Schlüsselfaktor für die Sicherung der Einflußpositionen der USA in Europa zu werden.<sup>54</sup> Die Lösung der deutschen Frage nach westlichen Bedingungen eröffnete den USA zugleich völlig neue Dimensionen für den Ausbau der transatlantischen Beziehungen nach dem Kalten Krieg.

---

<sup>53</sup> Ebenda, S. 452f.

<sup>54</sup> Vgl. Odom, William E: *Germany, America, and Europe in the 1990s: The Strategic Connections*. Arbeitspapier des Hudson Instituts, Alexandria, Mai 1990, S. 23.